

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

18.3.1925 (No. 65)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Erpeditio:  
Karlsruhe  
StraÙe Nr. 14  
Verantwortl.  
Nr. 958  
und 954  
Verantwortl.  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortl.  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Herrn  
C. H. v. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigenzähler 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Eingang der Rechnung Zahlung erfolgt. Kautions- Angelegen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangs- weiser Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung übernommen.

### \* Abrüstung u. Sicherheitsfrage

Ohne Abrüstung keine Sicherheit! Das ist die Maxime, von der jeder vernünftige Politiker ausgehen muß, wenn er zur Sicherheitsfrage Stellung nimmt. Nur Frankreich und seine Vasallen wollen von dieser Maxime nichts wissen. Sie sind im Gegenteil der Meinung, daß lediglich eine waffenstarrende Rüstung die Sicherheit verbürge. Unter dieser „Sicherheit“ versteht Frankreich allerdings nicht etwa die Sicherheit eines jeden zivilisierten Landes gegenüber einem ungerechtfertigten Angriff, sondern es versteht darunter immer nur allein die eigene Sicherheit.

So hat Frankreich sich denn auch in den letzten Jahren zu Lande, zu Wasser und in der Luft eine militärische Rüstung zugelegt, die aller früheren Begriffe spottet und ganz neue Möglichkeiten der Kriegsführung gestattet. Der Ausbau der französischen Luftflotte hat dann England begrifflichweise keine Ruhe gelassen. Und so befinden wir uns heute eigentlich schon wieder in einem Stadium des Wettrüstens zwischen zwei Großmächten.

In England hat man die Notwendigkeit eingesehen, die eigene Luftflotte wenigstens so auszubauen, daß sie für defensive Zwecke, für den Schutz der Landesgrenzen ausreicht. Wie es scheint, hat die englische Luftflotte heute schon einen Stand erreicht, der diesen Defensivzwecken einigermaßen genügt. Trotzdem ist die zahlenmäßige Überlegenheit Frankreich in der Luft noch immer sehr groß. Sie ist sogar so bedeutend, daß die Luftflotte wahrscheinlich für einen Krieg nach mehreren Fronten hin eingesetzt werden könnte.

Deutschland ist demgegenüber ohnmächtig, da man uns ja überhaupt nicht den Ausbau einer Luftflotte erlaubt. Schon allein diese Tatsache läßt einen Revanchekrieg von unserer Seite als völlig ausgeschlossen erscheinen. Und man muß sich, wenn man das berücksichtigt, immer wieder fragen, wie Frankreich mit einer so gewaltigen Luftflotte überhaupt seine Sicherheit von Deutschland als bedroht ansehen kann.

Bedroht werden könnte diese Sicherheit doch nur durch eine militärische Kooperation Englands und Italiens. Wenn also Frankreich wirklich ruhig schlafen will, dann muß es sein Augenmerk auf diese Entwicklungsmöglichkeit der politischen Lage richten.

Dann sollte Frankreich aber auch einsehen, daß dieselbe Sorge um die Sicherheit, die die Pariser Macht- haber erfüllt, jeden verantwortlichen Staatsmann auf der Erde erfüllen muß.

Vom Standpunkt militärischer Rüstungen aus gesehen, ist und bleibt ja die „Sicherheit“ ein höchst unsicherer Begriff. Dagegen würde eine vernünftige Abrüstung ganz von selbst eine Atmosphäre der Veruhigung schaffen und so die Sicherheit der einzelnen Länder besser garantieren. Je mehr Revolver in einem Lande sind, umso mehr wird geschossen. Je stärker die Rüstung der einzelnen Mächte ist, umso näher ist die Gefahr kriegerischer Explosionen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Herr Coolidge, hat die Absicht, eine große Abrüstungskonferenz einzuberufen. Und diese Absicht kann nur mit Dank und Genugtuung begrüßt werden. Wie es scheint, werden sämtliche Staaten der Welt gerne an einer solchen Konferenz teilnehmen wollen. Nur Frankreich kommt die Idee Coolidges völlig ungelegen. Denn die französische Politik hat andere Ziele. Sie will erstens das Genfer Protokoll, zweitens ein Schutz- und Trutzbündnis mit England und Belgien, womöglich unter Einbeziehung Polens, drittens die dauernde Entwaffnung Deutschlands und viertens die Vergrößerung der eigenen militärischen Rüstung bis ins Unbegrenzte. Nach französischer Ansicht würde das schlechte Gewissen dann, wenn alle diese Wünsche erfüllt werden könnten, eingeschläfert sein.

Es ist klar, daß die übrige Welt eine derartige Politik nicht mitmachen kann. Entweder Entfesselung des Wettrüstens mit der ganz bestimmten Aussicht auf Krieg und infolge dieses Wettrüstens ständige Sorge um die Zukunft, oder Abrüstung und zugleich damit Schaffung von Friedensgarantien, unter Zuhilfenahme des Völkerbundes. Ein Drittes gibt es nicht.

Wir sind gespannt, zu erfahren, wie Frankreich sich offiziell zu der Idee Coolidges stellen wird. Wahrscheinlich wird es alles versuchen, um die Konferenz zu verhindern, oder aber es wird auf der Konferenz die Abrüstung zu einer Farce. So bewegt sich die französische Politik in einem circulus vitiosus: sie will die Sicherheit, die endliche Befreiung von den ständigen Alpträumen des

Nachts, aber sie will auch gleichzeitig die waffenstarrende Rüstung. Beides läßt sich aber nicht vereinigen.

In diesem Zusammenhang ist von der Meldung Notiz zu nehmen, daß der tschechoslowakische Außenminister, Herr Beneš, neuerdings für den Fall der Schaffung eines Westpakt die Gründung einer Koalition propagiert, und zwar einer Koalition, die Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und — Österreich umfassen soll. Das Projekt hat sicherlich keine Aussicht auf Verwirklichung. Und das Ganze ist wohl nur ein Ausfluß der besonderen Geschäftigkeit, die Herrn Beneš auszeichnet, oder eine Geste, von der man hofft, daß sie auf England einigen Eindruck macht. Doch glauben wir, daß diese Hoffnung ins Wasser fallen wird.

### Zur Reichspräsidentenwahl

#### Die Wirtschaftspartei

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei hat seinen Anhängern empfohlen, die Wahl des Kandidaten Dr. Jarres für den zweiten Wahlgang behält sich die Wirtschaftspartei jedoch ihre Stellungnahme vor. Der der Wirtschaftspartei angeschlossene Bayerische Bauernbund hat noch keine Entscheidung getroffen; ein Beschluß wird am heutigen Mittwoch gefaßt werden.

Die Deutsch-hannoversche Partei fordert ihre Parteianhänger auf, geschlossen für Ministerpräsident Heß als den noch in letzter Stunde aufgestellten einzigen föderalistischen Kandidaten zu stimmen.

Wie die Deutschnationale Korrespondenz aus München erfährt, entschloß sich Hitler, für die Reichspräsidentenwahl eine nationalsozialistische Sonderkandidatur aufzustellen. Diese Kandidatur soll nur die Bedeutung einer parteipolitischen Zählkandidatur haben, um die Stimmzahl zu prüfen, die der Partei für die endgültige Entscheidung zur Verfügung stehe.

#### Aus der Wahlbewegung

Am Dienstag abend sprach im dichtgefüllten großen Saale des Zoologischen Gartens zu Frankfurt der badische Staatspräsident Professor Dr. Sellpach, wobei er sich für die Demokratisierung Deutschlands einsetzte, die heute in weiten Kreisen bekämpft werde. Es handele sich heute nicht mehr um die Frage: Republik oder Monarchie, sondern der gegenwärtige Kampf entscheide zwischen demokratischer und konserverativer Republik. Demokratie sei nicht eine fertige Staatsform; sie bedeute vielmehr eine bestimmte Art von Menschentum, in welchem sich Selbstbewußtsein mit Staatsverantwortlichkeitsgefühl verbinde. Sellpach sprach am heutigen Mittwoch in Köln, am Donnerstag in Mannheim, am Freitag in Dortmund. Am Sonntag spricht er in Stuttgart zusammen mit Reichswehrminister Dr. Geßler. In der nächsten Woche wird Sellpach am Montag in Dresden, am Dienstag in Leipzig, am Mittwoch in Breslau, am Donnerstag in Berlin im Sportpalast sprechen.

Am kommenden Sonntag spricht der Kandidat der Zentrumspartei zur Reichspräsidentenwahl, Reichsanwalt a. D. Dr. Marx, im Mannheimer Nibelungenaal. In Berlin wurde der Wahlkampf am Dienstag von der sozialdemokratischen Partei durch eine Reihe von Versammlungen eröffnet. Der Reichsstad Großerlin veröffentlichte einen Aufruf, in welchem er zur Wahl Dr. Jarres auffordert.

### Die Regierungsbildung in Hessen

Die Fraktionen der bisherigen Regierungskoalition, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten haben, wie die „Frankf. Ztg.“ aus Darmstadt meldet, ihre Verhandlungen über die Regierungsbildung abgeschlossen. Danach bleibt es bei der bisherigen Koalition und auch bei den bisherigen Ministern. Das Justizministerium bleibt vorerst unbesetzt und wird von dem Minister des Innern mitverwaltet. Der erste Beamte im Justizministerium, der die laufenden Geschäfte in Vertretung des Ministers führt, wird mit beratender Stimme in Gesamtministerium zugezogen. Die Wahl des Staatspräsidenten, wobei der bisherige Staatspräsident Ulrich wieder in Frage kommt, sowie die Bildung des Ministeriums erfolgt in der nächsten Sitzung des Landtags, am Dienstag, den 24. März.

Die Regierungsbildung in Preußen. Nachdem Ministerpräsident Marx am Dienstag vormittag mit der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und mit den Deutschnationalen über die Regierungsbildung ergebnislos verhandelt hatte, berichtete er am Nachmittag in der interfraktionellen Besprechung über die ablehnende Haltung der Reichsparteien zur Kabinettsbildung. Die Ablehnung sei mit Gründen belegt, die im Reiches lägen. (Die Deutschnationalen hatten erklärt, ihn abzulehnen, da er Präsidentschaftskandidat sei.) Er müßte nunmehr erst mit der Reichsparteileitung des Zentrums verhandeln, mit deren Zustimmung er aufgestellt sei. Unter den obwaltenden Umständen könne er die Regierung bis Mittwoch nicht bilden.

Das Aufwertungsgefeß. Das „B. Z.“ meldet, daß auf Ersuchen der Reichsregierung der Aufwertungsanschuß des Reichstages seine für den heutigen Mittwoch geplante Sitzung auf Donnerstag verlagert hat. Das Blatt will wissen, daß das Reichskabinett beabsichtigt, morgen über die neuen Aufwertungsbestimmungen schlüssig zu werden. Das Blatt nimmt daher an, daß der Aufwertungsanschuß am Donnerstag den Gesetzentwurf bereits zur Grundlage seiner Beratungen machen könne.

### Deutscher Reichstag

Reichstag, 17. März.

Am Regierungstisch: Justizminister Dr. Frenken. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr und gedenkt des plötzlichen Ablebens der Abgeordneten Frau Dransfeld (Zentr.), die eine der ersten Frauen gewesen sei, die in dem deutschen Parlamente eingetreten sei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abg. Koenen (Komm.) Einspruch gegen die Vorgänge in Halle und Neunkölln. Gegen die sofortige Verhandlung der Anträge wird Einspruch erhoben.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

**Zusatzsteuerung der Renten und Angestelltenversicherung.**

Abg. Lambach (D. Natl.) lehnt die sozialdemokratischen Wünsche auf Befreiung dieser Sonderversicherung ab. Die Angestelltenversicherung müsse aufrecht erhalten werden.

Abg. Hosh (Soz.) will durch eine Verschmelzung der Angestellten- und Invalidenversicherung die Leistungen verbessern.

Abg. Schneider-Berlin (D.) stellt fest, daß die Not der Rentner gebieterisch eine Erhöhung der Renten verlange. Man könne ihnen schon jetzt helfen, ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln, wenn man den demokratischen Anträgen folge und u. a. auch die Versicherungsgrenze auf 6000 Mark erhöht werde.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die Ausschlußbeschlüsse in zweiter und dritter Lesung bestätigt. Die Reichsregierung wird aufgefordert, dem Reichstag unterzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der neben einer Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung eine entsprechende Erhöhung der Leistungen vorsieht.

Darauf beantragt Abg. Koenen (Komm.) erneut die Besprechung der Vorgänge in Halle, Neunkölln und Stuttgart. Da wiederum widersprochen wird, kann die Angelegenheit nicht behandelt werden. (Lärm bei den Kommunisten.)

Das Haus tritt nunmehr in die zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes, beim Titel

#### Reichsjustizministerium

ein. Abg. Brodauf (D.) bedauert die Vergiftung der politischen Atmosphäre. Das zeige sich besonders in der ungeheuren Zahl von Beleidigungsprozessen. Geradezu erschütternd sei es gewesen, als im Rothardtprozess in Magdeburg ein Beamter des verstorbenen Reichspräsidenten mitteilen mußte, daß dieser Prozess der 143 Beleidigungsprozess sei, den der Reichspräsident führen mußte. Die Aufhebung des Republikhaftgesetzes und des Staatsgerichtshofes sei noch nicht möglich. Eine Reform des Ehegesetzbuchs sei unbedingt erforderlich.

Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Op.) bedauert die politische Verheerung, durch die das deutsche Volk auseinander gerissen werde. Der Redner warnt vor einer Erleichterung des Ehegesetzbuchs. Lebhafte Zustimmung sei die gemeinsame Arbeit beim Strafgesetzentwurf mit Oesterreich (Beifall).

Abg. Dr. Frik (N.S.) erhebt Klage über die Unterdrückung der deutsch-böhmischen Bewegung durch den preussischen Minister Sebering und die bayerische Regierung.

Abg. Rohmann-Altona (D.N.) bringt Gehaltswünsche der Justizbeamten vor.

Abg. Lude (W.) bemängelt die Ueberzahl der Gesetze und Verordnungen, unter denen sich niemand mehr zurecht finde.

Abg. Schröder-Mecklenburg (N.S.) spricht gegen jede Erleichterung der Ehegesetzbuch und für eine weitere Verbindung mit Oesterreich.

Abg. Brodauf (D.) hält der Rechten vor, daß der Kapitänleutnant von Killinger zu denjenigen gehört habe, die die Atmosphäre schufen, die zu dem Erzbergermorde führte. Dieser Mann habe jetzt den Wahlauftrag für Jarres unterschrieben. Der Redner fragt, ob es richtig sei, daß von Killinger keine Strafe noch nicht angetreten habe.

Reichsjustizminister Frenken bekräftigt das. Es liege ein Gnabengesuch vor und in solchen Fällen werde der Strafauzug ausgesetzt.

Das Haus verlagert sich auf Mittwoch, 2 Uhr.

### In der französischen Kammer

erklärte bei der Generaldebatte über die Verwaltungsreform in Elsaß-Lothringen Abg. Walter, einer der Führer in dem gegenwärtigen Schulstreit, sich gegen die Reform. Die Regierung begehe einen schweren Fehler, wenn sie den konsultativen Rat durch einen Ausschuß ersetze, der in Paris seinen Sitz habe. Die Regierung dürfe nicht glauben, daß derartige Maßnahmen zur Assimilierung führen könnten. Der Abgeordnete protestierte gegen den Gedanken, Laiengesetze in Elsaß-Lothringen einzuführen und gegen die Einführung von Schulgesetzen, die der lokalen Gesetzgebung unterliegen. Er erklärt, man habe feste Versprechungen, die erfüllt werden müßten. Marschall Joffre habe im Namen von Frankreich Elsaß-Lothringen beruhigende Erklärungen gegeben. Später erklärte der Abg. Michel, die Mehrheit der Elsaß-Lothringer interpretiere das Verhalten der jetzigen Regierung als eine Verletzung der Versprechungen. Der Abgeordnete verleihe eine in diesem Sinne gehaltene Erklärung sämtlicher elsaß-lothringischer Abgeordneten, mit Ausnahme der beiden sozialistischen.

Wie das „Journal“ aus Straßburg meldet, hat der Departementrat gestern nachmittag mit acht gegen fünf Stimmen der Forderung des Interpräfekten auf Umstellung der konfessionellen Schulen in Straßburg, Schiltigheim und Miltirch-Grasenshagen in Simultanschulen zugestimmt.

# Politische Neuigkeiten

## Statsreden in Bayern und Sachsen

Im bayerischen Landtag hielt Staatsminister des Innern Stügel seine erste Rede, worin er sich u. a. mit aller Schärfe gegen die Bestrebungen zu Schaffung einer Reichsstaatsordnung wandte. Er bemerkte, hier handle es sich um eine Sache der Länder. Im Verlaufe seiner Rede hob Minister Stügel hervor, die bayerische Regierung nenne sich mit Stolz eine Rechtsregierung, aber nicht im Sinne einer Rechtsregierung gegen die Arbeiterschaft. Das Verbot der Hiltersversammlung begründete er damit, daß die Kundgebung sich gegen die Staatsicherheit richtete. Durch das Verbot sollen die vaterländische Bewegung und der Freiheitsgedanke durchaus nicht unterdrückt werden. Die Ausführungen des Ministers wurden von den Koalitionsparteien mit Beifall aufgenommen.

In seiner Rede im sächsischen Landtag betonte Finanzminister Reinhold an erster Stelle die unbedingte Notwendigkeit der Herstellung einer aktiven Handelsbilanz und erklärte es für leichtfertig und oberflächlich, bereits auf Grund der Ergebnisse des Jahres 1924 die deutsche Wirtschaft für endgültig saniert zu halten. Er unterstrich noch einmal, daß die sächsische Regierung eine Verschlechterung des Finanzausgleiches zu Ungunsten der Länder und Gemeinden, wie sie die Vorlage der Reichsregierung vorschlägt, ablehnen müsse. Bei der Besprechung der Beziehungen der sächsischen Staatsbank zu Darmstadt betonte der Minister, daß an die Gebrüder Darmstadt von der Staatsbank kein Pfennig Kredit gegeben wurde, da weder die Sicherheiten, die geboten wurden, noch der vermutliche Wert von Zahlungen gestatten, so sollen zunächst diese eingeführt werden.

## Im Magdeburger Prozeß

betonte am Dienstag der Zeuge Korvettenkapitän Freiherr von Forstner, daß der auf der Kieler Werft ausgebrochene Streik auch zu einer verstärkten Tätigkeit der englischen Flotte geführt habe und die Unterseebootkriegsführung um rund 2 Monate zurückgeworfen habe. Die Kieler Werftarbeiter seien durch eine Weisung der Berliner sozialdemokratischen Parteileitung zur Beteiligung an dem Streik veranlaßt worden. Als nächster Zeuge sagte Kapitän Werfmann, der während des Krieges Chef der Zentralabteilung bei der Kaiserlichen Werft in Kiel war, aus, nach Ausbruch der Werftarbeiter an dem Streik aus politischen Gründen ausgebrochen und bezweckte einen Frieden ohne Annexion. — Zeuge Regierungsrat Oberländer, der 1918 Marinebaumeister bei der U-Boots- und Torpedoboatswerft in Wilhelmshaven war, gibt an Hand seines Tagesbuches Auskunft über Sabotageakte. Bei der U-Bootswerft wurden vielfach Feilschneidmaschinen in den Leitungen gefunden. Nach Aussage des Zeuges wurden Berichte an die sozialdemokratische Partei gesandt, um zu zeigen, wann der geeignete Moment da wäre.

In der Nachmittagsitzung gibt Reichsminister a. D. Bauer einen Überblick von der Geschichte des Januarstreiks. Man habe in den Kreisen der Mehrheitssozialdemokratie von der spartakistischen Agitation gewußt, sie aber unterschätzt. So sei der Streik den Mehrheitssozialdemokraten überraschend gekommen. Der Parteivorstand sei gegen den Widerstand der unabhängigen Mitglieder der Streikleitung nur in diese eingetreten, um die Massen wieder in die Hand zu bekommen und im Interesse der Landesverteidigung die drohende Ausartung des Streiks in blutige Revolten zu verhüten. Bauer erzählt auch von seinem Besuch an dem General Edler von Braun, dem ältesten Sohn Eberts vom Frontdienst zu befreien, da zwei Söhne binnen einer Woche gefallen waren und der jüngere vor der Einziehung stand. Ebert selbst habe diesen Schritt abgelehnt, und er, Bauer, habe ihn ohne Eberts Wissen getan.

## Die vierteljährliche Gehaltszahlung der Beamten

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag eine Entschließung angenommen, daß die vierteljährliche Gehaltszahlung auf Grund der Besoldungsordnung spätestens am 1. Oktober eingeführt werden soll. Der Vertreter des Finanzministeriums erklärte, daß zur gleichmäßigen Verteilung der dem Reiche usw., hierdurch erwachsenden Lasten bei Wiedereinführung der vierteljährlichen Zahlung nicht alle Beamten ihre Bezüge am 1. des Kalenderviertels erhalten sollen, vielmehr an jedem Monatsersten einem anderen Drittel der Empfänger die Vierteljahresbezüge gefahlt werden sollen. Sollte die Gesamtlage zwar noch nicht die Einführung der vierteljährlichen, wohl aber von zweimonatigen Voraus-

## Künstlerhaus

### Musikalische Komödien

Ins Künstlerhaus sind auf Veranlassung des Vereins bildender Künstler wieder Dr. Erich Fischers *Musikalische Komödien* eingeführt, sie geben heute und morgen abend zwei dem allgemeinen Publikum zugängliche Vorstellungen. Nach dem genauen Besuch einer nur den Vereinsmitgliedern vorbehaltenen Aufführung ist über den Charakter der eigenartigen Veranstaltungen etwa dies zu sagen:

Es handelt sich um eine zwar sehr bescheidene, aber doch äußerst intime Verbindung von Wort und Ton. Es ist zugleich Dr. Fischers Verdienst, auf literarisch anspruchsvolle und trotzdem amüsante Art manch alles gutes Musikstück der Vergessenheit zu entreißen, in die es der vollkommen geänderte Geschmack versinken ließ. Theaterbildung braucht nicht unbedingt von oben, also etwa nur von Wagner her, beginnen. Sie kann auch aus kleinstem und feinstem, aus der primären Freude am Spielerischen überhaupt geschöpft werden, wie es vor allem das Moskito repräsentiert. Nicht ohne Grund wählt Dr. Fischer seine Musik mit Vorliebe aus der Zeit Mozarts, Dittersdorfs, Reichards u. a., denn nur jene Generation hatte den optimistischen Zug, den nun einmal der Begriff der Hauskomödie als leichte Unterhaltung von gutem Niveau braucht. Drei bis vier Sänger auf der kleinen Bühne, ein klapperiges Klavier drunten im Saal, beide genügen durchaus, um zuweilen sehr alten Themen neue Reize abzugewinnen und sie bald wieder neuzeitlich, bald auch ganz modern einzufärben. Diese bewußte Englegung des Gesichtskreises ist der Vorzug aller der vielen Opern, die im Gegensatz zur mondänen Operette den gesunden Sinn für das, was wir ursprünglichen Humor und anständigen Witz nennen, sich bewahrt haben und sieghaft vorwärtlich sind. In der Tat scheint es auch, daß nicht nur Wadische sich an der leichten Kost herzhast erfreuen, sondern daß auch ganz ernste Leute sich ein klein wenig in solche Singpielerchen verliehen.

Der Abend, den ich besuchen konnte, brachte einen lustigen Querschnitt von Offenbach, Schubert und Richard. Mit der blaugelbten Laterne kritischen Scharfsinnes darf man natürlich den psychologischen Zusammenhängen nicht nachspüren. Man würde solche auch kaum finden, weder im „alten Diener“, noch beim „Herrn Doktor“ und schon gar nicht im „En-

gagement“. Aber dafür gibt es manchmal edelste Situationskomik, die im Saal die Stimmung sofort angenehm anschwellen läßt. Hauptbeteiligt ist stets Claire Jache, deren dröckliche Nachschäpfung des Doktorhausmadchens wiederum mit Auszeichnung vorweg zu nennen ist. Doch leisten auch Emmy Feininger, Herbert Neustadt und Albert May in einzelnen Rollen Gutes und sind musikalisch ebenfalls auf dem Posten. Weniger befriedigte die Begleitung von René Matthes; zu seiner Selbstentfaltung und persönlichen Nachbesserung muß allerdings gesagt werden, daß aus der verlotterten Drahtkommode, die ihm als „Hügel“ zur Verfügung stand, viel Besseres kaum herauszuholen war. Dem Stückgrad des erzielten Erfolgs nach ist anzunehmen, daß die musikalischen Komödien auch über den Bannkreis des Vereins der bildenden Künstler hinaus anregend und merkwürdig zu wirken vermögen.

Landestheater. Zrl. Charlotte Berlow vom Landestheater ist für nächste Spielzeit zu Dr. Hellmer (Neues Theater), Frankfurt a. M., verpflichtet.

Josef Schels, dessen zweiter Klavierabend für den heutigen Mittwoch, den 18. März bereits angezeigt wurde, hat ein außerordentlich vielseitiges und abwechslungsreiches Programm gewählt. Es beginnt mit einer Suite von Debussy, einem der wertvollsten Werke dieses bedeutenden französischen Meisters (früher in Karlsruhe auch von dem Pianisten Gustav Weid aus Darmstadt gespielt). Es folgt Präludium Choral und Fuge von César Franck, eine außerordentlich wertvolle Komposition, die bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in Karlsruhe zum Vortrag gelangt. Besonders Interesse dürfte Johann die Locata von Philipp, unserm heimischen Konservatoriums-Direktor finden. Des weiteren folgen kürzere Stücke von Brahms, sowie drei Präludien und Fugen aus Bach's wohltemp. Klavier. Den krönenden Abschluß bildet die „Mondschein“-Sonate von Beethoven. Karten bei Kurt Neufeldt, Wadstraße 39, eine Treppe hoch.

Der Schubertbund Wien hat dem Karlsruher Wiederklang mitgeteilt, daß er die Absicht hat, im Jahre 1926 eine Sängerkreis nach Süddeutschland zu machen, wobei er auch dem Karlsruher Wiederklang den schon lange verprochenen Besuch machen werde.

## Kurze Nachrichten

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute Mittwoch Vormittag zusammen, um sich zunächst mit den deutsch-französischen Handelsvereinbarungen zu beschäftigen. Staatssekretär Trendelenburg gab einen ausführlichen Überblick über den ganzen Fragenkomplex. Auf der Tagesordnung stehen ferner die internationalen Abkommen über die Arbeitslosigkeit und die Stellenermittlung für Seeleute, sowie der Gesetzentwurf über den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes.

Der neue amerikanische Botschafter in Berlin. Nach Erteilung des Agreements durch die deutsche Regierung erfolgte, wie aus Washington gemeldet wird, die Ernennung des jetzigen amerikanischen Botschafters in Peking, Schurman, zum Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin.

Zu den Finanzsachen wird gemeldet, daß die Kautions des vor einiger Zeit aus der Haft entlassenen Ministerialdirektors a. D. Haug zurückbezahlt worden ist. — Zu dem Antrag auf Haftentlassung Kautisers melden die Blätter, daß die gerichtsarztliche Untersuchung wohl eine schwere Verletzung des Verhafteten feststellte, daß er jedoch nach dem gerichtsarztlichen Gutachten vorläufig noch haltfähig sei.

Die Streiklage bei der Reichsbahn hat sich, wie aus Berlin gemeldet wird, etwas gebessert. Von den noch Streikenden 10 404 Arbeitern entfallen 5300 auf den Bezirk Dresden. Der Personen- und Güterverkehr wickelt sich vollkommen glatt ab. In der Reichsbahn-Kasse sind 217 Mann eingekerkert. Im Laufe des heutigen Tages sollen im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes stattfinden.

Ähne bei der Reichsbahn. Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums teilt mit: Die Zeitungsnachricht, wonach die kommende Vertagung der Verhandlungen für die Festsetzung der Ähne bei der Deutschen Reichsbahn-Regierung bei den Arbeitern herbeigeführt habe, ist unzutreffend. Der neue Verhandlungstermin für den geltendigen Lohnstreik ist in vollem Einvernehmen mit dem am Tarifvertrag beteiligten Organisationen festgesetzt worden.

Die Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau. Die am Dienstag in Essen zwischen dem Bergarbeiterverband und den vier Bergarbeiterverbänden stattfindenden Verhandlungen verliefen ergebnislos. Die Bergarbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 15 Proz., die jedoch vom Bergarbeiterverband unter Berufung auf die Lage des Ruhrbergbaus abgelehnt wurde. Darauf beantragten die Bergarbeitervertreter das Schlichtungsverfahren, das voraussichtlich Anfang nächster Woche beginnen soll.

Der Metallarbeiterstreik in Italien ist verschiedentlich auf neue ausgebrochen.

Die Sommerzeit in Frankreich. Das Pariser „Journal Officiel“ veröffentlicht ein Dekret, durch das die Sommerzeit in Frankreich in der Nacht vom 5. April um 11 Uhr eingeführt wird. Die Normalzeit wird in der Nacht zum 4. Oktober wieder hergestellt.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

### Aus dem Haushaltsausschuß

Am gestrigen Dienstag trat nach längerer Unterbrechung, die zum Teil durch den Tod des Reichspräsidenten verursacht war, der Haushaltsausschuß wieder zusammen, zunächst, um den Bericht des Abg. Dr. Glöckner über den 1. Nachtrag entgegenzunehmen. Dieser 1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag bringt, wie wir dem Bericht des „Bad. Beob.“ entnehmen, keinerlei finanzielle Forderungen; er beschäftigt sich nur mit der durch die Aufhebung des Arbeitsministeriums gebotenen Neuordnung. Obwohl der Wasser- und Straßenbau vom Finanzministerium übernommen wurde, ist eine Vermehrung der Beamten in dieser Verwaltung nicht notwendig geworden. Der Nachtrag bringt eine Verminderung der planmäßigen Stellen bzw. eine Einsparung von 20 Prozent.

Der Berichterstatter war der Ansicht, daß dieser Abbau im Personalaufwand nur eine Ersparnis von 180 805 Mark ausmache, und wenn der sachliche Aufwand nicht bedeutend herabgemindert werde, so sei die ganze Sparmaßnahme nicht überwältigend groß.

Ein sozialdemokratischer Zwischenruf hing dahin aus, die Ersparnisse seien auch bei der Aufhebung des Arbeitsministeriums nicht maßgebend gewesen. Demgegenüber führte aber der Finanzminister aus, daß eine Einsparung von 50 Prozent der planmäßigen Stellen doch von Bedeutung sei (es handelt sich insgesamt um 20 planmäßige u. 2 außerplanmäßige Stellen), ferner daß das Palais nun frei sei. Er habe sich energisch dem drängenden Verlangen, Wohnungen einzurichten, widersetzt; das Gebäude werde den unterrichtlichen Zwecken der technischen Hochschule, die das dringend brauche, zugewiesen werden. Der Nachtrag wurde einstimmig angenommen.

Dann kam die Besprechung eines Antrags Gebhard und Gen., der zugunsten der Landwirtschaftskammer eine Ergänzung oder Abänderung zu dem vom Landtag im Februar dieses Jahres beschlossenen Gesetze bringt, das der badischen Landwirtschaft eine Bürgschaft bis zu 10 Millionen bewilligt und die Übernahme von 8 Prozent der Zinslasten gewährleistet. Nachdem sowohl der Berichterstatter als die Regierung darauf hingewiesen haben, daß eine Erhöhung des Zinseszinses nicht möglich sei, ändert der Antragsteller seinen Bericht dahin, daß die drei großen landwirtschaftlichen Organisationen zugunsten der Landwirtschaftskammer um 100 000 M. gefürzt werden sollten. Von verschiedenen Seiten wird Klage darüber geführt, daß durch die gleichmäßige Verteilung der Zentrale Landbankbürgschaft so günstig weggenommen sei, daß sie ihren Mitgliedern ungleich höhere Kredite habe anbieten können, als die anderen Genossenschaften, die etwa nur 30 und 15 Mark auf den Kopf der Mitglieder hätten errechnen können.

Von Seiten der Regierung wie von einzelnen Abgeordneten wurde ausgeführt, daß die Kreditgewährung auch nicht so gedacht gewesen sei, sondern die Gelder sollten dorthin fließen, wo nach gewissenhafter Prüfung tatsächliche Notstände waren. Die Bemerkung eines Landabwärtlers, man hätte die Verteilung der Kredite der Landwirtschaftskammer überlassen sollen, wurde von einem Zentrumsvorredner zurückgewiesen. Einen zweiten Änderungsantrag Gebhard, die 300 000 Mark, die der Landwirtschaftskammer zugewiesen werden sollten, der Zentrale Landbankbürgschaft zu entziehen, wurde von 13 Stimmen, darunter 1 Z., angenommen. Die anderen Zentrumsvorredner enthielten sich der Stimme und behielten sich vor, erst Rücksprache mit der Fraktion zu nehmen. Die 300 000 Mark für die Landwirtschaftskammer wurden mit 18 Stimmen (gegen 1 Zentrumstimme) bewilligt. Für die ganze Gesetzesänderung stimmten wieder die 13, bei 6 Enthaltungen (Z.). Der Berichterstatter (Z.) hatte berichtet, auch der Raiffeisengenossenschaft Kredite zuzuwenden; er fand jedoch bei den anderen Fraktionen keine Gegenliebe. Die Petitionen der Raiffeisengenossenschaft wurden der Regierung zur Kenntnisnahme übergeben.

Der Berichterstatter Abg. Weishaupt befürwortete dann unter lebhafter Unterstützung der bäuerlichen Vertreter und der anderen Abgeordneten einen Antrag, der verlangt, daß das Forschungsinstitut für Tabakbau nicht etwa nach Berlin, sondern in das tabakbauende Baden errichtet werde. Heute gehen noch Hunderte von Millionen für Tabak ins Ausland. Wenn es gelingt, den inländischen Tabak zu verbessern, dann können Millionen der bäuerlichen Wirtschaft zugewendet werden. Der Antrag, die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß ein Forschungsinstitut für Tabakbau in Baden errichtet werde, wurde einstimmig angenommen.

## Badischer Landesletrizitäts- und Wasserwirtschaftsrat

Ueber die Dienstag-Sitzung ist noch ergänzend zu berichten:

Bei der Aussprache über das Schlusswort

betonte Präsident Dr. Paul von Badenwert, daß alles geschehen werde, um die landwirtschaftlichen Schönheiten möglichst zu erhalten. Bürgermeister Dr. Forster-Waldstätt behandelte die Siebelungsfrage und wünscht baldigst Unterlagen für diese Frage. Er unterstützt die Ausführungen des Berichterstatters hinsichtlich der Erhaltung des Landschaftsbildes. — Präsident Dr. Engler fordert ebenfalls deren Berücksichtigung aus ästhetischen Gründen und betont die große Bedeutung der Wohnungsfrage bei der Heranziehung der erforderlichen Arbeiter. Der Staat müsse im übrigen dafür sorgen, daß bei der Ausnützung der Wasserkraft die Interessen der Gesamtwirtschaft vorangeht würden. Nachdem sich noch Generaldirektor Dr. Haas zu verschiedenen der aufgeworfenen Fragen geäußert hatte, wurde die Besprechung über diesen Punkt geschlossen.

Der Vorsitzende Dr. Köhler stellte grundsätzliche Heberstimmungen dahin fest, daß das Projekt an sich ausbaufähig sei. Die Frage der Wirtschaftlichkeit werde eingehend geprüft, und zuletzt seien zwei Sachverständige damit beschäftigt; nach Vorlage deren Gutachten werde alsdann diese Frage in aller Öffentlichkeit beurteilt werden können. Sollenfalls werde der Finanzminister keinem Projekt zustimmen, bei dem die Wirtschaftlichkeit nicht absolut gesichert sei.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Redaktionsalienation

über die Oberbaurat Spieß berichtete. Das Projekt dürfe nicht allein vom Gesichtspunkte der Kraftausnützung beurteilt werden, sondern in erster Linie als Wasserfrage für die Schiffahrt. 1920 habe man mit dem Bau von sieben Stufen begonnen, davon würden im Mai gestaut und spätestens im Juni in Betrieb genommen werden diejenigen von Siebelingen und Redarsulm, während die Anlagen bei Ober- und Unterlöffelheim fertig seien. Dagegen hätten die Arbeiten bei Lodenburg, Ober-Siebelingen und Horkheim wegen der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse eingestellt werden müssen. Der Plan der Staunisse bei Siebelingen habe viel von sich reden gemacht. Der Bauausführer habe sich in seiner

ten Sitzung im November vorigen Jahres für die Schiffsan-  
lage bei der Hirschbrücke ausgesprochen. Wenn so viel von  
einer Verunstaltung des Landschaftsbildes geredet werde, so  
müsse doch andererseits betont werden, daß verschiedene Lö-  
sungen möglich seien, bei denen eine Verunstaltung des Stau-  
und des Landschaftsbildes vermieden werden könne. Die badi-  
sche Regierung werde nichts verschmähen, daß in ästhetischer  
Hinsicht die Wünsche nach Erhaltung des Landschaftsbildes  
soweit irgend möglich erfüllt würden. Zunächst soll namentlich  
die Staustufe bei Radenburg durchgeführt werden. Bezüglich  
Heidelberg und der Strecke oberhalb Heidelberg schwebten  
noch die Verhandlungen. Im weiteren behandelte der Referent  
die Baukostenfrage und führte dabei aus, daß die abso-  
luten Baukosten für die Staustufen Radarjulm und Wies-  
lingen einschließlich der Kosten an den Stellen, wo die Ar-  
beit inzwischen eingestellt worden sei, sich nach einer Berechnung  
aus dem Monat Januar d. J. auf 32,8 Millionen  
stellen dürften, bei einer Fortsetzung der Kanalisation mindes-  
tens bis Deilbronn auf insgesamt 83,6 Millionen. Davon  
werden auf die Staustufe Radenburg 15,2 Millionen Mark  
entfallen.

Zur Aussprache meldete sich nur ein Redner zum Worte,  
der betonte, daß man der Frage der Regulierung des Refe-  
rars nicht so pessimistisch gegenüberstehen dürfe.  
Der Vorsitzende Dr. Köhler erwähnte, daß zurzeit Verhand-  
lungen zwischen dem Reich, Württemberg, Hessen und Baden  
wegen der weiteren Finanzierung des Unternehmens schwebten,  
zumal wohl kaum damit gerechnet werden könne, dafür  
ausländisches Kapital flüssig zu machen. Ueber den vorläufi-  
gen Abschluß der Verhandlungen könne aber noch nichts  
gesagt werden.

Sodann schritt man zum letzten Punkt der Tagesordnung  
Prüfung der Stromleitungen und Hausinstallationen

über den Diplomingenieur Kötz referierte. Zurzeit seien  
90,4 Prozent der Gemeinden Badens dem Elektrizitätsnetz an-  
geschlossen, was in der Hauptsache auf die musterhafte Ver-  
einerung des Badenwerks zurückzuführen sei, das auch da ge-  
arbeitet habe, wo von einer finanziellen Rentabilität kaum  
habe die Rede sein können. In der Kriegszeit sei aber, eben-  
so wie auch in der Nachkriegszeit, vielfach durch Unberufenen  
und mit Ersatzmaterial Falscharbeit geliefert worden, die sehr  
eine Gefahr für Leib und Leben darstelle, ebenso wie Feuer-  
gefahr. Um hier Wandel zu schaffen, sei eine Ueberwachung  
der Starkstromleitungen, auch bei den Hausinstallationen, ge-  
boten, die zweckmäßig von amtlicher Stelle, unter möglicher  
Schonung der Privatinteressen, kontrolliert werde. Dabei  
sollten aber die Kosten so niedrig gehalten werden, daß die  
Kontrollarbeiten kein Geld für Geld verdienen werden solle.  
Der Redner empfahl eine regelmäßige Prüfung aller Stark-  
strom-Anlagen innerhalb fünf Jahren durch von amtlicher  
Stelle zugewiesene Sachverständige zu festen Gebühren  
zur Behebung der Mängel, wobei ein behördliches Eingreifen  
nur für den Notfall vorzusehen sei. Was die Kosten an-  
langte, so dürften sich diese bei zehn Lampen auf etwa drei  
Mark stellen.

Die Aussprache über diesen Punkt gestaltete sich recht aus-  
giebig. Im allgemeinen herrschte volles Einverständnis über  
die Notwendigkeit einer solchen Sachprüfung. Was die Kosten  
anlangte, bei denen hauptsächlich die vielfach nicht zu vermei-  
nenden Kleinrichtungen eine große Rolle spielen würden,  
die in den 8 Mark natürlich nicht enthalten seien, so sei es  
geboten, mit möglicher Milde und Nachsicht vorzugehen.  
Ueber den für die Revision einschlagenden Weg sprach man  
sich dahin aus, daß die Kontrolle einheitlich geregelt werden  
solle, und zwar zweckmäßig vom Bezirksamt aus, das mit  
Hilfe der zuständigen gewerblichen Organisationen einen Rodus  
für die Verteilung dieser Arbeit anstreben solle.

Zum Schluß der Beratungen dankte der Vorsitzende, Fi-  
nanzminister Dr. Köhler, für die zahlreichen Anregungen in  
den hier behandelten lebenswichtigen Fragen. Die Probleme  
seien nunmehr klar gestellt, und die Regierung könne nunmehr  
auf der Grundlage der Anregungen und Wünsche weiterar-  
beiten. Die Regierung werde den Rat der Versammlung  
wohl nicht zum letzten Male in Anspruch genommen haben,  
aber zunächst auf dem Wege fortzuschreiten können, der die  
grundtägliche Billigung gefunden habe. Die Tagung habe ge-  
zeigt, daß wir in Baden in den großen Zukunftsfragen durch-  
aus einig seien. Jetzt aber werde an die ruhige Fortarbeit  
heranzutreten werden, die uns den Erfolg bringen solle. Mit  
diesem Wunsche erklärte er die Versammlung für geschlossen.

### Der Hagenschießprozeß

D. J. Karlsruhe, 16. März 1925.  
Im weiteren Verlauf des heutigen 11. Verhandlungstages  
führte Obergerichtsrat Vohs aus, daß durch die Schuld  
unfähiger Direktoren ganz dispositionlos gearbeitet wurde.  
— Sonnet und die Verteilung wehren sich gegen die Auf-  
fassung, daß Sonnet nicht genügend Sachkenntnis besitze.  
Der Sachverständige Joachim hält es für ausgeschlossen, daß  
in der Dingslinger Werkstatt eigentliche Reparaturen vor-  
genommen werden konnten. Im Oktober 1920 habe er in  
Ettlingen für eine Million Mark Maschinen vorgefunden,  
die nur noch als Altisen zu verwenden waren. Sonnet er-  
klärt, betriebsunfähige Maschinen unrichtig zurückgehalten  
und nicht geliefert zu haben. — Verschiedene Zeugen bestä-  
tigen, daß unnötige und gebrauchsunfähige Maschinen an-  
geschafft worden seien. Auf die Bestreugung der Versicherer  
Sonnet für die Waidbahn folgt ein neuerlicher Vorstoß der  
Verteidigung gegen den Sachverständigen Vohs. Der  
Vorsitzende bemerkt dazu, daß bisher nichts gegen die Un-  
parteilichkeit des Herrn Vohs gesprochen wurde.  
Dienstag früh 8 Uhr. Weiterverhandlung. Schluß 1/2 1/2 Uhr.

D. J. Karlsruhe, 17. März.  
Der heutige 12. Verhandlungstag im Hagenschießprozeß  
wurde ausgefüllt durch die Erörterung der Anklagepunkte wegen  
Krafftverbrechen. Eine Hauptrolle spielten dabei die auf  
Erängen Ables abgelesenen Sprengstofflieferungen. Es  
handelt sich um ein Quantum von rund 180 000 Kilogramm,  
das Sonnet aus zweiter Hand zu 4 Mark erstand und um 8,50  
Mark an die Siedlungsbank weiterverkauft. Der Angeklagte  
Sonnet begründet diese Preispanne mit dem eingegangenen  
Risiko.

Zwischendurch wurde über die Nachtragsanfrage gegen Abels  
auf Grund des Gesetzes betr. den unlauteren Wettbewerb  
verhandelt. Abels erklärte, daß er an dem Abschluß der  
Acht-Millionen-Anleihe bei Aros und Walter völlig unbe-  
teiligt gewesen sei. Er habe lediglich 20 000 Mark als Ent-  
schädigung für seine Bemühungen um die Unterbringung von  
1 bis 2 Millionen Mark Obligationen erhalten.

Dann kam der Bezug von 400 Meter Schienen durch die  
Vermittlung des Santschi zur Sprache. Der dafür bezahlte  
Preis differiert gegenüber einem Angebot von Orenstein und  
Koppel um 50 000 Mark.

Schließlich entspannen sich längere Auseinandersetzungen  
über die Inkostenberechnung, die Sonnet bei seinen Lieferun-  
gen für die Waidbahn auf dem Hagenschieß aufgestellt  
hat. — Weiterverhandlung: Mittwoch früh 8 Uhr.

D. J. Karlsruhe, 18. März.  
Auch der heutige 13. Verhandlungstag galt der Erörte-  
rung der Krafftverbrechen. — Der Sachverständige Kunkel  
erklärt, bei solchen Geschäften hätte seine Firma Bankrott  
gemacht. Dies gibt dem Vorsitzenden Anlaß, gegenüber  
Abels und Wetterer zu bemerken: Wenn man von den Din-  
gen nichts versteht, soll man sich nicht als Direktor auf-  
spielen.

Sonnet hat u. a. zwei Benzolomotiven an die Siedlungs-  
bank verkauft zum Preise von 44 000 Mark, während er selbst  
nur rund 25 000 Mark bezahlt hat. Auf Vorhalten des Vorsitzen-  
den erklärt Sonnet, er sei gewohnt, seine Arbeit hoch einzu-  
schätzen, und er habe Zeit und Geld, die er für Reisen und  
Besichtigungen ausgeben mußte, in die Berechnung einzu-  
kalkulieren. Es wird festgestellt, daß Sonnet der Siedlungsbank  
in einem halben Jahre für 2 1/2 Millionen Maschinen und Ma-  
terialien geliefert hat. Auf je eine Lieferung ließ sich Son-  
net einen Zuschlag von 80 Prozent, auf eine dritte 20 Pro-  
zent zahlen. Weiter kommen 15 von der Betriebsstelle bezogene  
Kostenvorgaben zur Sprache, die Sonnet für die Siedlungsbank  
zu Langholzwagen umgebaut hat. Die Selbstkosten stellten  
sich pro Wagen auf etwa 825 Mark. Abgegeben wurden sie von  
Sonnet zu 2880 Mark. Der Angeklagte erklärt, daß er sich bei den  
Ertragsaufschlägen stets dem Tagespreis angepaßt habe. Dar-  
über soll am Freitag der Sachverständige gehört werden. Son-  
net hat ferner für Radfahre 720 Mark verlangt, während solche  
von anderer Seite für 5,10 Mark angeboten waren.

### Verband badischer Gemeinden

Der Verband badischer Gemeinden hielt am 13. März 1925 in Heidel-  
berg eine Sitzung ab, in der, wie uns geschrieben wird, u. a.  
folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

1. **Abgeordnete Gemeindefürsorge.** Dem Bestreben, die Ge-  
meindeverwaltung vom 5. Oktober 1923 in dem Sinne abzuän-  
dern, daß die domänenärztlichen abgeordneten Gemeindefür-  
sorge ausnahmsweise nicht mit benachbarten Gemeinden ver-  
einigt werden sollen, soll entschieden entgegengetreten werden.
2. **Änderung der Gemeindefürsorgegesetzgebung.** Bei der spä-  
teren Wabänderung der Gemeindeordnung sollen verschiedene  
Abänderungsvorschläge gemacht werden. 3. **Fahrtbeschrän-  
kung der Kraftfahrzeuge.** Die geplante Erhöhung der Fahrg-  
geschwindigkeit allgemein auf 35 Kilometer in den Ortschaften  
soll bekämpft werden. 4. **Kaufsteuerumgebung.** Dem Lan-  
tag ist nochmals Vorlage zu erstatten, damit die Kaufsteuer-  
frage endlich eine befriedigende Lösung findet. 5. **Finanz-  
ausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.** Dem  
Deutschen Landtagemittag in Berlin sollen Abänderungs-  
vorschläge zum neuen Finanzausgleichsgesetz zur weiteren  
Vertretung gemacht werden. 6. **Umsatzsteuer.** Die Verteilung  
der Umsatzsteueranteile unter die Gemeinden soll neu geregelt  
werden. Der Regierung sind Vorschläge zu unterbreiten.
7. **Auslandsdarlehen.** Wenn es den Gemeinden reichsrechtlich  
unterliegt, Auslandsdarlehen für Wohnungsbauten zu ver-  
wenden, können sich die kleineren Gemeinden an der Kap-  
italbeschaffung überhaupt nicht beteiligen, da sie verbundene  
Betriebe nicht besitzen. Der Regierung ist Antrag hierauf  
zu stellen. 8. **Aufhebung der Steuererhebungsstellen.** Durch  
Vermittlung der bad. Reichstagsabgeordneten und der bad.  
Regierung soll die Reichsregierung nochmals dringend darum  
ersucht werden, daß sie die Steuererhebungsstellen in Baden  
beseitigt. 9. **Beseitigung der Kreisverbände zu Bezirksverbän-  
den.** Die gegenwärtige Organisation soll zunächst beibehalten  
werden. Ein Übergang auf die Kreise wird daher nicht be-  
fürwortet. 10. **Dienstweisung für die Gemeindepolizei.** Der  
Regierungsentwurf wird gutgeheißen.

### Kommunale Rundschauf

Aus dem Stadtrat Heidelberg. Der Vorschlag für das  
Rechnungsjahr 1925 wird nach Vorschlägen des Finanzaus-  
schusses festgestellt. Die Umlage soll vorläufig in gleicher  
Höhe wie bisher (monatlich 5 Pf. für 100 Mark Steuerwert,  
worin die Kreissteuer in ihrer bisherigen Höhe einberechnet  
ist) weiter erhoben werden. Der Mehrbetrag an ungedeckten  
Ausgaben gegenüber 1924 soll durch die Wiedereinführung  
einer Müllabfuhrgebühr in Höhe von jährlich 5 Pf. für 100  
Mark Steuerwert, sowie durch Erhöhung des Gaspreises um  
2 Pf. für den Kubikmeter ausgeglichen werden.

Der Stadtrat Mannheim bewilligte, vorbehaltlich der Zu-  
stimmung des Bürgerausschusses, für die Erbauung einer  
Straßenbahnlinie hinter dem Schloffe zur unmittelbaren Ver-  
bindung der Bahnhöfe Mannheim und Ludwigshafen die  
erforderlichen Mittel. — Vom Stadtrat Heidelberg erhält zum  
Gebäude des verstorbenen ersten Reichspräsidenten die zu  
erbauende dritte Reichsbrücke den Namen „Friedrich Ebert-  
Brücke“.

Der Stadtrat Ulm. In der letzten Gemeindefür-  
sorge von Ueberlingen beschäftigte man sich u. a. mit dem  
Krafftverbrechen. Die Berichte des Elektrizitätsamtes ergeben,  
daß der Gesamtbetrag der Ausgaben, einschließlich der Holzpreise  
und des Holzverkaufs, sich auf rund 300 000 Mark beläuft,  
woraus noch nach außen etwa 75 000 Mark gefordert sind,  
ferner gegenüber der Stadt- und Spitalkasse noch 120 000 Mark.  
Der Bericht über das erste neue Betriebsjahr des Elektri-  
zitätsamtes einschließlich des Installations- und Labengeschäfts  
schließt mit einem Überschuß von 4000 Mark ab. Die Er-  
sparnisse, die die Vürgerchaft durch die Erstellung des eigenen  
Werkes gegenüber der einzigen sonstigen feinerzeitigen Mög-  
lichkeit gemacht hat, beläuft sich heute schon auf etwa 52 000  
Mark. Eine höhere Abschreibung ist aber noch notwendig.

Erbauung einer Flugzeughalle in Konstanz. Nach Beschluß  
des Stadtrats Konstanz, zu dem noch die Genehmigung des  
Bürgerausschusses notwendig ist, soll auf dem Alten Exerzier-  
platz eine Flugzeughalle errichtet werden, und zwar unter  
der Bedingung, daß die zu gründende Gesellschaft, die bereits  
im Entstehen begriffen ist, sich verpflichtet, die Flugzeughalle  
von der Stadt zu mieten. Zum Bau ist ein Aufwand von  
rund 70 000 Mark vorgesehen. Am 20. März wird der Bür-  
gerausschuß zu diesem Vorschlag Stellung nehmen.

### Aus der Landeshauptstadt

Die letzten Rubriken unserer Heften im Lichtbild. Auf Er-  
suchen des Kriegesvereins Egenstein hielt der Volkbund Deut-  
sche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Baden, am 14.  
Februar 1925 anlässlich einer Veranstaltung des Vereins einen  
Lichtbildervortrag, dem die Anwesenden mit großem Interesse  
folgten. Es wäre zu begrüßen, wenn auch andere Vereine sich  
das überaus interessante Material zur Verfügung stellen lie-  
ßen, um ihren Mitgliedern und sonstigen Interessenten die letz-  
ten Rubriken unserer Heften vor Augen zu führen.

Der Schleiferverein Karlsruhe begehrt am Sonntag, den  
22. März, 4 Uhr nachmitt. im „Löwenrathen“ (großer Saal),  
Kaiserstraße, eine Gebetsfeier anlässlich der vierjährigen  
Wiederkehr der Volksabstimmung in Oberschlesien.

### Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Von der Bergstraße, 16. März. Die plötzlich eingetre-  
tene Kälte der letzten Tage hat hier dem Frühlingstau ziem-  
lich scharf zugesetzt. So sind die Frühmandeln und die am  
frühesten blühenden türkisfarbenen Kirschchen vollständig erfroren.  
Den Spätmandeln dagegen hat die Kälte nichts getan.

D. J. Heidelberg, 18. März. Die Wieslinger Staustufe wird  
am 1. Mai in Betrieb genommen, so daß dann die Schiffsahrt  
durch das Kanalnetz geleitet wird. Beim Kraftwerk muß  
noch einige Zeit an der Inneneinrichtung gearbeitet werden.  
Die Eröffnung des Kraftwerkes ist zum 1. Juli vorgesehen.

D. J. Heidelberg, 16. März. Etwa 300 Telefonleitungen zer-  
rissen. Der plötzliche Schneefall der letzten Tage hat im Ver-  
kehrleben große Störungen verursacht. Besonders hat das  
Ortsfernnetz in Heidelberg gelitten. Nach einer amtlichen  
Mitteilung sind in der Nacht zum Sonntag etwa 250—300  
Telefonleitungen zerrissen. In den Wäldern hat der Schnee  
eine Höhe von 25—30 Zentimeter erreicht. Am getrigen  
Sonntag arbeiteten in Heidelberg etwa 1000 Arbeiter an der  
Wegschaffung der großen Schneemassen.

D. J. Freiburg, 17. März. Am Sonntag früh verstarb hier  
der Geh. Hofrat Professor Dr. Felix Nachsicht. Im Jahre  
1867 zu Schönberg in Schlesien geboren, promovierte er 1890  
in Breslau zum Dr. phil., habilitierte sich dann als Privat-  
dozent in Kiel und wurde 1898 ordentlichem, außerordent-  
licher Professor in Halle. In Jahre 1914 kam er nach Frei-  
burg und bekleidete hier von 1922—23 die Rektorwürde an  
der Universität. Aus der großen Fülle seiner historischen  
Werke sind besonders hervorzuheben „Margarethe von Bar-  
ma“, „Wilhelm von Oranien“ und „Der Niederländische Auf-  
stand“ und „Don Carlos“, ferner „Die deutsche Politik Fried-  
rich Wilhelms IV. im Winter 1848/49“, „Deutschland, Fried-  
rich Wilhelm und die Märzrevolution“.

### Handel und Wirtschaft

Württembergisch-Badische Verkehrs-Kreditbank Aktiengesell-  
schaft Stuttgart. Wie wir hören, sind vor Kurzem die in den  
Händen der Württembergischen Kreditbank befindlichen Aktien-  
beteiligungen an dem Unternehmen auf die Deutsche Verkehrs-  
Kreditbank Aktiengesellschaft übergegangen. Die letztere, deren  
Aktienmehrheit bekanntlich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft  
besitzt, wird die Niederlassungen der Württembergisch-Badi-  
schen Verkehrs-Kreditbank Aktiengesellschaft, Stuttgart, in  
Stuttgart und Karlsruhe als Filialen weiterführen.

Postspendenerlöse. Die Zahl der Postspendenerlöse beim Post-  
spendensammler Karlsruhe betrug Ende Februar 40 881 und hat sich  
gegen Ende Januar um 221 vermehrt. Auf den Konten sind  
im Februar ausgeführt 912 711 Gutschriften über 172 821 733  
RM., 711 808 Gutschriften über 172 068 979 RM. Somit ist  
ein Umsatz von 1 624 519 Buchungen über 344 890 712 RM.  
zu verzeichnen. Davon sind bargeldlos beglichen 280 570 815  
RM. Das durchschnittliche tägliche Guthaben beträgt  
22 486 744 RM.

### Berliner Devisennotierungen

	18. März	17. März		
	Geld	Beleg	Geld	Beleg
Amsterdam 100 G.	167.69	168.11	167.74	168.16
Kopenhagen 100 Kr.	76.00	76.20	76.30	76.48
Italien . . . 100 L.	17.09	17.13	17.05	17.205
London . . . 1 Pf.	20.073	20.093	20.075	20.125
Newport . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.905	21.665	21.64	21.70
Schweiz . . . 100 Fr.	80.87	81.07	80.855	81.055
Wien 100 Schilling	59.125	59.265	59.125	59.265
Prag . . . 100 Kr.	12.435	12.475	12.46	12.49

Verteilung über 100 Prozent

### Staatsanzeiger

Die Nachgenannten haben die im Februar 1925 abgehaltene  
Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hoch-  
bauwesen bestanden und hierdurch gemäß Verordnung vom  
24. Januar 1925 die Bezeichnung „staatlich geprüfter Bauwei-  
ter“ erlangt.

Affenheimer, Oskar aus Mannheim, Weismann, Johann  
Gustav aus Bruchsal, Humann, Artur aus Kastell, Geier,  
Erich aus St. Blasien, Feter, Wilhelm Georg aus Hagenau  
i. Elz, Frey, Ernst Jakob aus Stein, Amt Forzheim, Fried-  
rich, Hugo aus Heitersheim, Häfke, Karl Friedrich aus Belsch-  
neureut, Gausch, Johannes aus Entenbach, Goppstädter, Karl  
aus Spießen (Saar), Jöh, Heinrich aus Heidelberg, Jürgers,  
Eduard aus Kastell, Kälber, Martin aus Merzhausen, Kreis,  
Georg aus Ertzheim i. Elz, Langloß, Wilhelm aus Brühl, Linber,  
Karl Joseph aus Billigheim, Massa, Erwin aus Frankental,  
Oberst, Friedrich Wilhelm aus Höfen a. d. Enz, Ohmachi,  
Anton aus Freiburg, Reichert, Jos. Eugen aus Ralsch, Amt  
Ettlingen, Räder, Wilhelm aus Freiburg, Schäfer, Wilhelm  
aus Freiburg, Schiele, Artur aus Freiburg, Semler, Hans  
aus Durlach, Simon, Eugen aus Mühlheim, Stehle, Otto aus  
Laiz (Eggingen), Stützerlin, Fritz aus Freiburg, Stöckel,  
Samuel aus Ertzheim, Amt Forzheim, Wapel, Karl aus  
Mannheim, Weiser, Gottlieb aus St. Georgen (Schw.), Weh-  
becker, Hermann aus Otzheim, Willwald, Eugen aus Heidel-  
berg.

Karlsruhe, den 28. Februar 1925

Der Minister der Finanzen  
L. B. Sammet

### Bekanntmachung

Die abgeordneten Gemeindefürsorge Ernsthof,  
Dürsch, Vorder Rehhof, Hinterer Rehhof,  
Steinbacher Wald

Mit Entschädigungen vom 3. Oktober 1924 wurde die Be-  
zeichnung der abgeordneten Gemeindefürsorge Ernsthof mit der  
Gemeinde Dürsch, Dürsch mit der Gemeinde Naunberg,  
Vorderer Rehhof, Hinterer Rehhof, Steinbacher Wald mit der  
Gemeinde Steinbach mit Wirkung vom 1. Januar 1925 aus-  
gedrückt.

Die Anordnungen sind rechtswirksam.

Karlsruhe, den 7. März 1925.

Der Minister des Innern  
Remmele

Dem Vorstand der Landesgruppe Baden des Hilfsbundes  
für die Elisch-Kochbringer im Reich wird die Erlaubnis zur Ver-  
anstaltung einer Gelotterie erteilt.

Karlsruhe, den 9. März 1925.

Der Minister des Innern  
L. B. Leers

Pianos - Harmoniums

erste Weltmarken,  
zu günstigen Preisen und  
Bedingungen.

KARL KANZ

Kaiserstraße 167  
70171 Telefon 1073  
Salamanderschuhhaus

Nr. A 8496.

**Bekanntmachung**

Die Umschreibung der abge-  
sonderten Gemarkung Breitenau  
von Hradheim nach Hradheim.

Das Erzbischofliche Ordinariat hat nach Einholung der  
staatlichen Genehmigung durch Entschliebung vom 16. Februar  
1925 Nr. 1507 (Anzeigebblatt für die Erzdiözese Freiburg  
Nr. 7 vom 23. Februar 1925) die auf dem Gebiete der seit-  
herigen abgeordneten Gemarkung Breitenau wohnenden Ka-  
tholiken vom Pfarrverband und der katholischen Kircheng-  
emeinde Hradheim mit Wirkung vom 1. April 1925 losge-  
trennt und mit der Pfarrei und der Kirchengemeinde Hrad-  
heim vereinigt.

Karlsruhe, den 10. März 1925.

Der Minister des Kultus und Unterrichts  
F. W. Schmidt.

Dem Gemeinderat Anielingen wurde die Erlaubnis zur  
Beranftaltung einer Fohlenmarktlotterie erteilt.  
Ziehungstag: 6. Juli 1925.

Karlsruhe, den 12. März 1925.

Der Minister des Innern  
Nemmelé.

Dem badischen Kriegerbund wurde die Erlaubnis zur Ber-  
anftaltung einer Lotterie erteilt.  
Ziehungstag: 7. Oktober 1925.

Karlsruhe, den 11. März 1925.

Der Minister des Innern  
Nemmelé.

Dem Kur- und Verkehrsverein Bad Dürckheim wurde die  
Erlaubnis zur Beranftaltung einer Lotterie erteilt.  
Karlsruhe, den 12. März 1925.

Der Minister des Innern  
Nemmelé.

**Bekanntmachung**

Vorschriften über Krank-  
heitsberreger

**I.**

Öffentliche oder amtliche Wassermann-Reaktionen werden  
in Baden in folgenden Krankenhäusern und Anstalten im  
Sinne des § 2 Absatz 3a und b der Bekanntmachung betref-  
fend Vorschriften über Krankheitsberreger vom 21. November  
1917 (Reichsgefesblatt Seite 1089) ausgeführt, ohne daß sie  
einer Erlaubnis bedürfen:

1. Freiburg: Badisches Untersuchungsamt für ansteckende  
Krankheiten;  
Universitätsklinik für Haut- und Geschlechts-  
krankheiten;
2. Heidelberg: Badisches Untersuchungsamt für ansteckende  
Krankheiten;  
Universitätsklinik für Haut- und Geschlechts-  
krankheiten;  
Wissenschaftliche Abteilung des Instituts für  
experimentelle Krebsforschung;
3. Heil- und Pflegeanstalt Jllenaui;
4. Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz;
5. Karlsruhe: Städtisches Krankenhaus;
6. Mannheim: Städtisches Krankenhaus.

Eine Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Ausführung der Waf-  
fermann-Reaktionen auf Grund des § 2 Ziffer 1 und 2 oben-  
genannter Bekanntmachung ist erteilt:

1. Apotheker Dr. Feilz Binder, Karlsruhe, Kaiserstraße 80,
2. Dr. med. Binder, Leiter des bakteriologischen Instituts der  
öffentlichen Untersuchungsanstalt in Pforzheim.

Karlsruhe, den 14. März 1925.  
Der Minister des Innern  
Nemmelé.

# Sozialhygienische Ausstellung

für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholismus und der Geschlechtskrankheiten

veranstaltet von den badischen sozialen hygienischen Sachverbänden

in der Zeit vom 3.-22. März d. J. in der städt. Ausstellungshalle

Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends. Eintritt 20 Hg.

Ab Sonntag den 8. bis einschl. 22. März 1925, jeweils nachm. von 4-5 Uhr

ärztliche Führung durch die Ausstellung.

# Verein bildender Künstler Karlsruhe

Künstlerhaus, Karlsru.

Eingang Sofienstr. 2.

Abends 8 Uhr.

Saalöffnung 7 1/2 Uhr.

## Dr. Fischer's Musikalische Komödien Berlin-Zürich

Zwei öffentliche Vorstellungen

Mittwoch, den 18. März ds. Js.

1. Die Wahrsagerin. Ein Rumpelkammererlebnis. Musik von Chr. von Gluck.
2. Seine Schwester. Ein lustiges Ehestück. Musik von Jacques Offenbach.
3. Ein Roman in der Waschküche. Burleske. Musik von Karl Dittler v. Dittersdorf.

Donnerstag, den 19. März ds. Js.

1. Die zerrissene Hose. Eine lustige Dorfgeschichte. Musik von Erich Fischer.
2. Das Engagement. Ein Schwank. Musik von Johann Friedrich Reichardt.
3. Die Weinprobe. Eine Grotteske nach Wilh. Busch. Musik v. Hch. Marschner.

Numerierte Eintrittskarten M. 5, 4, 3 nebst 10% Steuer, Stehplatz M. 2 nebst Steuer. Karten an der Abendkasse und im Vorverkauf (Künstlerhaus) täglich 11-1 Uhr und 4-6 Uhr. Telephon 2999. E.154

# Kaufe gleich- zähle später!

## Eröffnung

Mittwoch, 18. März  
vormittags 11 Uhr

Das Mode-Kaufhaus  
mit modernem Verkaufsprinzip

Anzahlung ein Viertel  
Zahlungsziel bis 6 Monate.

Herren-Moden  
Damen-Moden  
Jugend-Bekleidung  
Sport - Konfektion  
Herren-Mass-Abteilung  
unter Garantie erstklassiger Ausführung

Gleiche Betriebe in  
Stuttgart: Schillerstraße 16  
Mannheim: P 4, 11



# Deutsche Bekleidungs- Gesellschaft

KARLSRUHE

H. Lucas & Co. Kronenstr. 40.  
Eck. Markgrafenstr.

## Deutsche Feuerbestattungskasse „Glammé“

Geschäftsstelle:  
Karlsruhe, Zirkel 16/11, Schweinsbühl  
Geschäftszeit 10-2 und 6-8, Samstags 10-2.  
Ohne jede Wartezeit unbedingter Rechtsanspruch  
auf kostenlose Feuerbestattung. Monatl. Beiträge  
von 20 Hg. bis 1.10. Kein Kirchenaus-  
tritt. Auskunft und Prospekt kostenlos. E124

## Eugen von Steffelin

Fernspr. 261 Karlsruhe Fernspr. 261

Möbeltransport  
Lager :: Spedition

## Möbel

Kaufen Sie in bester Qualität zu billigsten Preisen im  
Möbelhaus Ernst Gooss  
Arguststr. 26. Lagerbestätigung ohne Kaufzwang. E.99

**Wäsche**  
wird zum Waschen u. Bügeln  
bei sorgfält. Behandl. angen.  
Frau Braunshweiger  
Zähringerstr. 82, II. Stod.

**Guterh. Herren-Fahrrad**  
für großen Herrn passend,  
für 40 Mk. zu verk. Pul-  
kautier-Anstalt Kreuzstr. 22  
(Waden). E.170

**Kaufe fortwährend**  
getr. Kleider, Schuhe und  
Bätsche. Psisucha,  
Zähringerstr. 30, Tel. 2293.

**Bei fast allen Krank-**  
heiten sind E.112  
**Krankeverordnen**  
oft von vorzüglichem Heil-  
erfolge. Nähere Auskunft  
durch G. Wolff, Hofschloß,  
Post Kloster Janna, Prov.  
Brandenburg. (Müllpost).

**Im Elftischen Restgeschäft**  
Victoriastraße 10  
sind Neuheiten in  
Wesfel-Damaske  
Bettlüber, Taschentücher  
nach Gewicht eingetroffen  
Kein Laden, daher billig.

**Jagdverpachtung.**  
Städtisches Forstamt Hei-  
delberg verleiht am Frei-  
tag, den 20. März 1925,  
vormittags 11 Uhr, im Prinz  
Max, Markgrafenstr. ab  
1. Februar 1925 bis 31.  
Januar 1926 auf 7 Jahre  
den Jagdbezirk V (frühere  
Gemarkung Wieslingen).  
Zugelassen werden nur  
solche Personen, die im  
Besitze eines Jagdpasses  
sind oder sich durch eine  
Bescheinigung der zustän-  
digen Behörde als jagd-  
fähig ausweisen. E.119.2.1  
Nachtbedingungen können  
gegen Einsendung von 50  
Pfennig bezogen werden.

## Bad. Landestheater

Donnerstag, den 19. März 1925  
B19 Theatergemeinde 3001-  
3400, 4601-4800

**Der Barbier von Bagdad**  
Oper in zwei Akten  
von Peter Cornelius  
Musik. Leitung: Alfred Lorenz  
In Szene gef. v. Hans Duffard  
Personen:

Der Kalif: Wally  
Naba Mustafa: Peter  
Margiana: Bah-Regimann  
Nobiana: Hoffmann-Decker  
Nureddin: Renz  
Abul Hassan: Bucher-Pennig

Hierauf:

**Pierrots Sommernacht**  
Ballet-Pantomime von  
Hermann Rosel  
Musik. Leit.: Wlfr. Schweppe  
Choreographie: Wini Laine  
Personen:

Pierrot: Geiser  
Pierrette: Großmann  
Bemus: Wieland  
Saiyr: Mangel  
Reptun: Widmann  
Amor: Sonntag  
Der gr. schwarze Pierrot: Laine  
Anfang 7 Ende nach 1/10  
Preise: Sperrsitg I. Abt. 7.-